

2. Neudruck

Antrag

des Abgeordneten Christoph Schulze (BVB / FREIE WÄHLER Gruppe),
der Abgeordneten Iris Schülzke (BVB / FREIE WÄHLER Gruppe) und
des Abgeordneten Péter Vida (BVB / FREIE WÄHLER Gruppe)

Übernahme des Tarifabschlusses im Öffentlichen Dienst für die angestellten Lehrer

Der Landtag möge beschließen:

1. Der Landtag begrüßt grundsätzlich die Tarifeinigung mit Erhöhung der Bezüge für die Angestellten im Land Brandenburg.
2. Der Landtag Brandenburg kritisiert die Schlechterstellung der angestellten Lehrer gegenüber Beamten.
3. Der Landtag Brandenburg fordert die Landesregierung auf, unverzüglich im Landtag einen Bericht vorzulegen, in dem ausgewiesen wird, wie hoch die Differenz bei der Entlohnung zwischen angestellten und verbeamteten Lehrern ist und wie viele Lehrerinnen und Lehrer davon betroffen sind, auch regional aufgeschlüsselt.
4. Die Landesregierung wird aufgefordert, in dem Bericht aufzuschlüsseln und darzulegen, wie hoch der finanzielle Bedarf wäre, um die angestellten Lehrerinnen und Lehrer den verbeamteten Lehrern finanziell gleichzustellen.
5. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, darzulegen, wie viel Geld an welchen Haushaltspositionen im Landeshaushalt 2015, 2016 eingestellt werden müsste, um die finanzielle Gleichstellung zwischen verbeamteten Lehrern und angestellten Lehrern finanziell abzusichern.

Begründung:

Wie allgemein in den Medien berichtet und auch in der Märkischen Allgemeinen Zeitung vom Montag, den 30.03.2015, haben die Tarifparteien sich im Tarifstreit über die Entlohnung im Öffentlichen Dienst geeinigt. Die rund 20.000 Angestellten im Öffentlichen Dienst erhalten rückwirkend zum 01.03.2015 2,1 % mehr Lohn, nächstes Jahr kommen noch einmal 2,3 % dazu, mindestens aber 75 €. Darauf einigten sich in der Nacht zum Sonntag, den 29.03.2015, die Tarifgemeinschaft der Länder (TdL) und die Gewerkschaften, geführt von ver.di.

Der bundesweite Tarifabschluss hat jedoch nach Aussagen der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) einen Makel. Er gilt nicht für die angestellten Lehrer. Die Lehrergewerkschaft GEW konnte sich auch in dieser Tarifrunde nicht mit ihrer Forderung durchsetzen, dass die angestellten Lehrer die gleichen Einkommen erzielen, wie ihre verbeamteten Kollegen. Deshalb lehnte sie den Kompromiss ab. Nun drohen weitere Streiks.

Der GEW-Verhandlungsführer, Andreas Gehrke, kritisierte die Vereinbarung: „Mit 30 € Zulage im Monat für einzelne Lehrergruppen wollten sie uns das Streikrecht abkaufen.“ Im Land Brandenburg sind ca. 2.000 Lehrer angestellt.

Ursprünglich hatte das Land Brandenburg in den 90er Jahren beschlossen (mehrere Landtagsbeschlüsse), dass Lehrer nicht mehr verbeamtet werden sollen, sondern im Angestelltendienst tätig sein sollen aus Gründen der sozialen Gerechtigkeit und der Gleichstellung mit allen anderen nicht hoheitlich tätigen Berufsgruppen im Landesdienst. Diese Regelung ist aber in der 3., 4. und 5. Wahlperiode zwar immer wieder beteuert, aber immer wieder aufgeweicht worden, weil letztendlich ein Konkurrenzkampf um Lehrerinnen und Lehrer stattfand, um im Wettbewerb mit anderen Bundesländern, insbesondere Berlin, Lehrerinnen und Lehrer für den Dienst im Landesdienst Brandenburg und insbesondere auch im ländlichen Raum zu gewinnen.

Nunmehr stellt sich die Situation so dar, dass die verbeamteten Lehrer aufgrund des Rechtsstatus als Beamter und der nicht vorhandenen Sozialabzüge deutlich mehr verdienen, als angestellte Lehrer, die ja eine vergleichbare Tätigkeit haben und vergleichbar eingruppiert sind, die aber aufgrund der Sozialabgaben ein deutlich geringeres Netto haben. Aus diesem Grunde fordern die Gewerkschaften für die ca. 2.000 in Brandenburg angestellten Lehrerinnen und Lehrer eine Gleichbehandlung.

Die Landesregierung Brandenburg und die Rot-Rote Koalition hat nicht nur in der 6. Wahlperiode, sondern in der 5. Wahlperiode immer wieder betont, dass sie die Bildung stärken möchte und dass Bildung hohe Priorität in der Landespolitik hat, nicht zuletzt auch in den Fragen des Mitteleinsatzes aus dem Landeshaushalt.

Dass gute Bildung nur mit Lehrerinnen und Lehrern zu realisieren ist, die auch motiviert sind und die sich auch geschätzt fühlen, ist eine Binsenweisheit. Nunmehr wird zwischen verbeamteten Lehrern und angestellten Lehrern ein Keil getrieben bzw. eine vorhandene Lücke gelassen und nicht aufgefüllt, die sicher zu Unmut führt und das politisch formulierte Ziel sicher nicht im positiven Sinne vorantreibt. Man kann, will und sollte den Lehrerinnen und Lehrern im Angestelltenverhältnis nicht unterstellen, dass sie schlechtere Bildungsarbeit machen, als die verbeamteten Lehrer, aber es hinterlässt einen unangenehmen Beigeschmack, wenn eine bestimmte Gruppe von Lehrerinnen und Lehrern schlechter gestellt ist und am Monatsende trotz gleicher Arbeit weniger im Portemonnaie hat. Aus diesem Grunde sollte im Land Brandenburg eine Gleichstellung sichergestellt werden.

Iris Schülzke
BVB / FREIE WÄHLER Gruppe

Christoph Schulze
BVB / FREIE WÄHLER Gruppe

Péter Vida
BVB / FREIE WÄHLER Gruppe